



Wem gehört die Stadt?

Dass Berlin kein Mietenproblem habe, behauptet heute niemand mehr ernsthaft. Aber es ist noch keine zwei Jahre her, dass Klaus Wowereit (SPD) erklärte, Mietanstieg sei ein Zeichen für florierende Stadtentwicklung. Trotzdem geschieht in Senat und Parlament viel zu wenig, um Wohnraum der Spekulation und Kapitalverwertung zu entziehen. Denn es geht um die Frage, ob das

Wohnen und ob die Nutzung öffentlicher Liegenschaften und öffentlicher Räume vom Kapitalverwertungsdruck bestimmt wird oder ob darüber demokratisch verhandelt und entschieden werden kann. Es ist eine zutiefst soziale und demokratische Frage.

Verdrängung hat viele Facetten. Ob eine Baugruppe Kleingärten vertreibt, wie bei „Famos“ in Alt-Pankow. Ob Teile des Mauerparks dem Renditeinteresse eines Immobilienkonzerns geopfert werden. Ob öffentliche Unternehmen und Behörden den Abriss bestehenden Wohnraums forcieren, weil sich mit Neubauten mehr Gewinn machen lässt. Ob – wie am Kottbusser Tor – Mieterinnen und Mieter mit ihren Sorgen allein bleiben. Ob Klubs, Kultur- und Seniorenfreizeiteinrichtungen geschlossen werden, weil Kieze „aufgewertet“ oder städtische Grundstücke meistbietend verhöckert werden – all das läuft auf die Frage hinaus: „Wem gehört unsere Stadt?“

Wir brauchen ein Umdenken in der Stadtpolitik: Eine soziale Wohnungs- und Liegenschaftspolitik, die das Interesse der Berlinerinnen und Berliner an preis- und lebenswertem Wohnraum und an

Schwerpunktthema

- > **Townhouses im Thälmannpark?**
... weiter auf Seite 3
- > **Stille Straße bleibt**
... weiter auf Seite 3
- > **Angriff auf Mieterrechte**
... weiter auf Seite 4
- > **Wohnen im Alter**
... weiter auf Seite 4
- > **Wohnungsnot**
... weiter auf Seite 5
- > **Wohnen statt Ateliers?**
... weiter auf Seite 7

öffentlichen Orten der Begegnung und Teilhabe in den Mittelpunkt stellt. Und wie schon unter Rot-Rot mauert die SPD. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Damit sie nicht ignoriert werden können, vernetzen wir uns mit Selbsthilfe- und stadtpolitischen Initiativen. Nur dann gibt es Druck, damit sich etwas bewegt. Und natürlich braucht es Solidarität. Damit niemand zurück bleibt.

Klaus Lederer
Landesvorsitzender **DIE LINKE Berlin**

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109
Tel.: (030) 4 20 22 08 73
kontakt@linksfraktion-pankow.de

DIE LINKE. Bezirksverband Pankow

Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
Achtung: ab 1. Dezember 2012
Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S- und U-Bahnhof Wedding)
Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781
bezirk@die-linke-pankow.de

› Bezahlbarer Wohnraum

Die Linksfraktion ersucht das Bezirksamt, sich bei Pankower Wohnungsunternehmen und -genossenschaften dafür einzusetzen, dass mehr bezahlbarer Wohnraum für Menschen bereitgestellt wird, die Leistungen nach dem SGB II, SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen.

› Bürgerhaus Buch

Nach dem Willen von SPD und LINKEN in der BVV soll auf den Weg zum Bürgerhaus in der Bucher Franz-Schmidt-Straße vom S-Bahnhof Buch und der Bushaltestelle Alt-Buch/Wiltbergstraße hingewiesen werden.

› Schulzestraße

CDU- und Linksfraktion haben einen gemeinsamen Antrag in die BVV eingebracht, wonach die Schulzestraße so zu sichern ist, dass sie nicht von Pkw und Kleintransportern befahren werden kann. Insbesondere soll der Gehweg vor dem Seniorenheim Schulzestraße 10 durch Poller vor Überfahren durch den Individualverkehr geschützt werden.

› Mauerpark

Der Streit um die Gestaltung des Mauerparks ist nicht beigelegt. Der Senat hat dem städtebaulichen Vertrag zwischen dem Bezirk Mitte und dem Investor CA Immo zugestimmt. Diesem bekämpften Deal, mit dem der Mauerpark im Norden bebaut wird, muss der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses noch zustimmen. Die Mauerpark-Stiftung „Welt-Bürger-Park“ kündigte an, alle juristischen Möglichkeiten zu prüfen, um gegen den städtebaulichen Vertrag vorzugehen.

Einladung BVV-Sitzung

am 12. Dezember

› 11. Tagung der BVV Pankow

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal
in der Fröbelstraße 17



Bezirksamt
Fröbelstraße

Schluss mit Kuscheeln

Angesichts der großen Anzahl von Anträgen, die auf der letzten Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von zwei, drei, vier, oder gar allen Fraktionen eingebracht worden sind, sollte man sich nicht täuschen: Die Veranstaltung war kein plötzlicher Anfall von Harmonie und allgemeinem Liebhaben. Deutlich wurde dies an der zentralen Debatte des Abends, der Verabschiedung des „Ergänzungsplanes 2013 für den Haushalt 2012/13“, vulgo Nachtragshaushalt.

Wie schon der Haushalt wurde auch der Nachtragshaushalt von den Zählgemeinschaftsfraktionen SPD und Grün durch die Gremien gepeitscht. Und wie schon der Haushalt selbst, ist auch seine nun verabschiedete Fortschreibung ein einziges Dokument von Selbsttäuschung, Wunschenken und selektiver Wahrnehmung. Keines der Probleme, die seit dem Beschluss vom März dieses Jahres bei seiner Umsetzung aufgetreten sind, wird auch nur erwähnt.

Es wird nicht zur Kenntnis genommen, dass das zentrale Einsparungsprojekt, die Aufgabe des Bezirksamtes in der Fröbelstraße, unwirtschaftlich ist und – wenn überhaupt – jedenfalls nicht wie geplant bewerkstelligt werden kann. Es wird ignoriert, dass der Bereich Soziales, mal wieder, durch Buchungsfehler Millionenverluste anhäuft. Und um die vor zehn Jahren angefallenen Verluste in diesem Bereich abzutragen, werden Überschüsse aus der

Parkraumbewirtschaftung eingesetzt, von denen kein Mensch weiß, ob die so und in dieser Höhe überhaupt eintreten.

Die Linksfraktion in der BVV hat dem Nachtragshaushalt nicht zugestimmt.

Ganz real flankiert wurden die BVV-Debatten von zwei Initiativen der LINKEN zur Frage der sogenannten Ferienwohnungen. Auf eine Große Anfrage musste das Bezirksamt einräumen, keine Kenntnis davon zu haben, wie viele „Ferienwohnungen“ es insbesondere im Prenzlauer Berg tatsächlich gibt. Angesichts von derzeit widersprüchlichen Gerichtsurteilen und einer mindestens lückenhaften Gesetzeslage wird das Bezirksamt von sich aus jedoch nichts unternehmen, sondern wartet auf eine Neufassung der Zweckentfremdungsverbotsverordnung durch den Senat. Darauf wartet die Stadt nun allerdings schon einige Jahre.

Eigenartig ist dann aber, dass in der Kopenhagener Straße im Prenzlauer Berg ein ganzes Haus voller Ferienwohnungen existiert, für die es keinerlei Genehmigungen gibt, weil es sich um „ganz normale“ Wohnungen handelt, jedoch eine eigene Ladezone vor dem Haus eingerichtet wurde, obwohl es sich um vermeintlich normale Wohnungen handelte. Man macht nicht nur nichts, man macht es den Betreibern auch noch kuschelig. DIE LINKE beantragte, diesen Unfug zu beenden. Dem folgte die BVV.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Keine leere Drohung

> Aufwertung des Thälmannparks

Die Deutsche Bahn gab die Entwicklung von Bahnflächen entlang der Ringbahn westlich der Greifswalder Straße sowie die Absicht, diese zu verkaufen, bekannt. Immobilienentwickler und Grundstückshändler entwickelten



Thälmannpark

sofort Verwertungsideen, wie großflächigen Einzelhandel, Kreativwirtschaft und gehobenes Wohnen.

Auch in der Bezirksverwaltung begannen Überlegungen, ob die Flächen für Schulen und Kitas genutzt werden könnten. Im März 2012 beauftragte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) das Bezirksamt (BA), für das Gebiet Thälmannpark/Fröbelstraße ein städtebauliches Entwicklungskonzept zu erarbeiten. Dabei geht es auch um die Zukunft des Bezirksamtsgeländes und des Vivantes-Krankenhauses. Sowohl das BA wie auch Vivantes erwägen die Aufgabe ihrer Standorte.

Der Druck die Immobilienlobby hat sich in den letzten Monaten stark erhöht. Unklare Aussagen von Baustadtrat Kirchner (Grüne) nährten bei der LINKEN die Befürchtung, dass er, ohne ein öffentlich diskutiertes und demokratisch beschlossenes Entwicklungskonzept abzuwarten, den Bau-

lobbyisten irreparable Zugeständnisse macht. Deshalb hat die Linksfraktion in der Oktobersitzung der BVV in einem Antrag das BA aufgefordert, bis zu einer Verständigung über das Konzept keine Baubescheide zu erteilen.

Durch eine Anfrage der LINKEN hat sich nun herausgestellt, dass Kirchner bereits am 20. September einen Bauvorbescheid für Wohnhausneubauten an der Ella-Kay-Straße erteilt hat, ohne die BVV darüber zu informieren. Im Gegenteil, er hat auf Nachfrage der LINKEN im Stadtentwicklungsausschuss am 18. Oktober erklärt, es würden keine Bauvorbescheide erteilt. Eine Falschaussage.

Kirchner, die Grünen und die SPD wollen den Thälmannpark aufwerten und Flächen für neuen teuren Wohnungsbau bereitstellen, wie die Projekte an der Ella-Kay-Straße und hinter Sport- und Schwimmhalle zeigen. Auch die beiden Parkplätze an der Lilli-Hennoch-Straße scheint Kirchner Immobilienunternehmen anbieten zu wollen. Mehr noch, wie er den „Prenzlauer Berg Nachrichten“ mitteilte, stellt er sich auch eine weitere Bebauung in den Randbereichen des Thälmannparks und auf dem „Aufmarschplatz“ vor dem Thälmannendenkmal vor.

DIE LINKE tritt für die Verteidigung und Weiterentwicklung der sozialen, ökologischen und kulturellen Qualität des Wohngebiets, des Park und der Infrastruktur ein. Den Widerstand gegen die Aufwertungs- und Verwertungspläne von Kirchner, Grünen und SPD werden wir unterstützen.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Die Kinder des Erfolgs

> Stille Straße bleibt vorerst

In der Geschichte der Stillen Straße gibt es einen viel beachteten Zwischenschritt: Die Besetzerinnen und Besetzer haben ihre Einrichtung erst mal erfolgreich gegen die Verwertungsabsichten des Bezirksamts verteidigt. Auf dem



Stille Straße – erfolgreicher Protest

Plan stehen jetzt der Abschluss eines Nutzungsvertrags und die Aushandlung eines Erbbaurechts mit dem Landesverband der Volkssolidarität. So haben es die Bezirksverordneten auf ihrer 10. Tagung am 7. November beschlossen.

Manche mögen sich verwundert die Augen reiben, welche Väter des Erfolgs (ja, Mütter kennt das Sprichwort nicht) sich aller Orten die Schultern klopfen lassen. Nach Monaten immer wieder neuer Initiativen der Linksfraktion musste ein Antrag erst eigens von SPD und Grün geschrieben sein, auf dass nun einstimmig beschlossen wurde. Egal, wenn nur diese Machtspielchen auf dem Rücken der Besetzerinnen und Besetzer jetzt endlich aufhören.

Den Seniorinnen und Senioren der Stillen Straße gehört aller Respekt! Sie müssen ihren Erfolg nun aber auch (er) tragen. Ohne die breite Solidarität, auch von weit über die Grenzen Pankows hinaus, hätten sie das Wagnis sicher nicht begonnen. Einen Förderverein haben sie gegründet und die Volkssolidarität e.V. ist an ihrer Seite. Jetzt müssen sie darauf vertrauen, dass die ihnen versprochene Unterstützung auch anhält. Bis zu den Mühen der Ebene ist es noch ein steiniger Weg. Wir werden ihn gemeinsam gehen. Versprochen.

Michael van der Meer
Vorsitzender der Linksfraktion in
der BVV Pankow

Gefahr im Verzug

> **Das Mietrechtsänderungsgesetz hebt die Rechte von Mieterinnen und Mietern aus**

Um es klar und deutlich zu sagen: Dieses Gesetz ist eine Schweinerei und Widerstand tut Not! Worum geht es?

Das Mietrechtsänderungsgesetz – nach dem Willen der schwarz-gelben Koalition soll es noch in diesem Jahr beschlossen werden – enthält keine Regelungen gegen die Preisexplosion bei den Mieten und zur Begrenzung der Mietsteigerungen bei bestehenden Mietverhältnissen sowie keine Kappungsgrenze der Mieterhöhungen bei Neuvermietungen. Genau das aber wäre bei einer Änderung des Mietrechtes oberste Priorität gewesen. Stattdessen bleibt es bei einer Modernisierungsumlage von elf Prozent. DIE LINKE fordert maximal fünf Prozent.

Zugleich schlägt die Bundesregierung vor, das Recht, bei energetischer Modernisierung die Miete für

drei Monate zu mindern, ersatzlos zu streichen. Darüber hinaus soll es möglich sein, dass Mieterinnen und Mieter zur Hinterlegung eines Geldbetrages verpflichtet werden, wenn gegen sie Zahlungsklage erhoben wird. Tun sie dies nicht, kann es zu Ordnungshaft und Räumung im Wege des vorläufigen Rechtsschutzes kommen. Ein von der CDU benannter Sachverständiger hat im Bundestag zu Recht darauf hingewiesen, dass die ersten, die im Knast sitzen und geräumt werden, die Bezieherinnen und Bezieher von Alg II sind.

Alle von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen wenden sich gegen die Mieterinnen und Mieter. DIE LINKE hat ihre Alternativen dem Parlament vorgelegt. Wir müssen denen, die dieses Gesetz durchsetzen wollen, die rote Karte zeigen. Das heißt: Darüber reden, Betroffene informie-



Bundestag



Halina Wawzyniak

ren, Proteste unterstützen und parlamentarisch weiter dagegen halten.

Halina Wawzyniak
Bundestagabgeordnete

Wohnen im Alter

> **„SeniorInnen-BVV“ tagte Ende Oktober**

In Vorbereitung der SeniorInnen-Bezirksverordnetenversammlung (BVV), die in Zusammenarbeit mit der Seniorenvertretung erfolgte, fragten viele SeniorInnen vorab, wie es mit den Wohnungen im Bezirk weitergeht. Darum wurde auf der BVV eine aktuelle Stunde zum Thema „Mieten und Wohnen im Bezirk Pankow für lebenserfahrene Menschen“ an den Anfang der Tagung gestellt. Die Diskussion aller Fraktionen und des Bezirksamtes zeigte zahlreiche Problemlagen: Da ein Schutz für Bestandsmieter fehlt, wer-

den ältere Mieter durch steigende Mieten verdrängt. Es gibt kaum noch Wohnraum für Menschen, die Grundsicherung im Alter beziehen. Der Neuvermietungszuschlag treibt die Mieten in die Höhe, insbesondere beim Wechsel von großen Wohnungen in kleinere. Dies ist oft ein Grund des Verbleibens von SeniorInnen in ihren alten, zu großen Wohnungen.

Zudem wurden in der Debatte die Mängel an geeignetem Wohnraum für Menschen mit Bewegungseinschränkungen benannt. Es fehlen Aufzüge,



Wohnhaus im Thälmannpark

Ein- und Zweiraumwohnungen sowie altersgerechte und barrierefreie Haus- und Wohnungszugänge. Die Seniorenvertretung fordert die Sicherstellung einer wohnortnahen Beratung und Versorgung. Eine schnelle und alle befriedigende Lösung ist jedoch nicht in Aussicht.

Katrin Maillefert
Bezirksverordnete

Energiewende

➤ **Die Energiewende muss sozial gestaltet werden**



Hochspannungsleitung in der Neumannstraße

mer teurer. Immer mehr Menschen können sie gar nicht mehr bezahlen.

Die Energiewende ist notwendig, doch sie muss endlich sozial gestaltet werden. DIE LINKE Bundestagsfraktion hat deshalb ein Konzept vorgelegt, wie Strom bezahlbar bleibt und die Energiewende sozial voran kommt.

Dazu muss der Strommarkt wieder reguliert und der Strompreis staatlich kontrolliert werden. Großindustrie und Energiekonzerne müssen an den Kosten der Energiewende beteiligt werden. Unberechtigte Rabatte müssen gestrichen werden. Die Stromsteuer muss gesenkt werden. Diese Maßnahmen würden den Strompreis um 4 Cent pro kWh senken.

Gleichzeitig müssen Anreize zum Stromsparen geschaffen werden. Ein sozial-ökologisches Sockeltarifmodell mit einem kostenlosen Grundkontingent würde die Rechnung bei vernünftigem Verbrauch bezahlbar halten und Stromsparen belohnen. Eine Abwrackprämie für alte Energiefresser bei Kauf eines A+++-Geräts schont Umwelt und Geldbeutel. Und nicht zuletzt muss den jährlich bis zu 800.000 Haushalten geholfen werden, die ihren Strom nicht mehr bezahlen können. Stromsperren müssen verboten werden, denn Strom gehört im modernen Alltag zur Grundversorgung.

Caren Lay (MdB)

Caren Lay ist verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und stellvertretende Parteivorsitzende

Strom wird immer teurer. Energiekonzerne haben ihre Gewinne in sieben Jahren vervierfacht. Sie profitieren wie die Großindustrie von milliarden schweren Stromgeschenken der Bundesregierung, während die Kosten des ökologischen Umbaus auf die Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt werden. Die Stromrechnung wird im-

mer teurer. Immer mehr Menschen können sie gar nicht mehr bezahlen. Die Energiewende ist notwendig, doch sie muss endlich sozial gestaltet werden. DIE LINKE Bundestagsfraktion hat deshalb ein Konzept vorgelegt, wie Strom bezahlbar bleibt und die Energiewende sozial voran kommt. Dazu muss der Strommarkt wieder reguliert und der Strompreis staatlich kontrolliert werden. Großindustrie und Energiekonzerne müssen an den Kosten der Energiewende beteiligt werden. Unberechtigte Rabatte müssen gestrichen werden. Die Stromsteuer muss gesenkt werden. Diese Maßnahmen würden den Strompreis um 4 Cent pro kWh senken.

Wohnungsnot

➤ **Überfüllte Flüchtlingsunterkünfte**

Der Hungerstreik der Flüchtlinge am Pariser Platz hat erneut auf ihre prekäre Situation hingewiesen. Sie fordern zu Recht eine Wende in der Flüchtlings- und Asylpolitik der Bundesregierung.

Auch der Berliner Senat kommt seiner Verantwortung für die Menschen in Not nicht nach. Er hat die steigende Zahl der Asylsuchenden ignoriert und keine Vorsorge getroffen.

Alle Asylsuchenden müssen, so schreiben es die Bundesgesetze vor, in den ersten drei Monaten in einer Sammelunterkunft leben. In Berlin können sie danach, wie unter rot-rot eingeführt wurde, eine Wohnung mieten.

Da die Flüchtlinge aber kaum noch Wohnungen finden, wurde mit den städti-

schen Wohnungsbaugesellschaften vereinbart, dass die Gesellschaften pro Jahr 275 Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Dieser Vereinbarung kommen sie nicht nach. Auch dies hat der Senat ignoriert.

Nun sind alle Erstaufnahmeeinrichtungen für die Flüchtlinge hoffnungslos überfüllt. Hektisch werden Notunterkünfte eingerichtet, die oftmals nicht den Ansprüchen an eine menschenwürdige Unterkunft genügen.

Dabei kommt den Bezirken eine besondere Verantwortung zu, denn sie müssen für die notwendige Infrastruktur vor Ort sorgen. So fehlen z.B. ausreichend Schul-



Flüchtlingsdemo am 13. Oktober 2012

plätze für Kinder der Flüchtlingsfamilien und auch die gesundheitliche Versorgung ist nicht gewährleistet.

Die bezirklichen Probleme und Vorschläge werden vom Senat jedoch nicht aufgenommen. Vielmehr werden Bezirke vor vollendete Tatsachen gestellt und erhalten keine Unterstützung. Eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik sieht anders aus. Hier versagt der Berliner Senat erneut.

Elke Breitenbach

Mitglied des Abgeordnetenhauses

DIE LINKE 2013

> **Wir kämpfen für einen richtigen Politikwechsel!**

„Wir haben nichts zu verschenken“, ist ein zentraler Satz in der Wahlstrategie der LINKEN, die der Parteivorstand



Karl-Liebknecht-Haus

jetzt verabschiedet hat. Die LINKE kämpft um jede Stimme und die LINKE möchte ihre gewonnenen Direktmandate verteidigen, u.a. das von Stefan Liebich in Pankow. Das nicht zum Selbstzweck. Wer einen sozialen Politikwechsel möchte, jenseits von schwarz-gelb, aber auch von rot-grün, braucht die LINKE. Deshalb üben wir uns auch nicht in Abgrenzungsritualen gegenüber SPD oder Grünen, sondern definieren klar, wofür wir stehen: Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt – die neue soziale Idee. Wir arbeiten gegen Lohndumping und prekäre Beschäftigung und stehen für gute Arbeit. Wir haben Alternativen zur Fütterung der Banken in der Euro-Krise und streiten für ein demokratisches Europa. Wir sind für eine Energiewende, die sozial und ökologisch zukunftsorientiert ist. Wir wollen unsere Gesellschaft weiter demokratisieren, statt Überwachung und Bevormundung zu akzeptieren. Und wir bleiben dabei: Wir sind eine Anti-Kriegspartei und lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Um unsere Ziele durchsetzen zu können, brauchen wir Mehrheiten – deshalb kämpfen wir für eine starke LINKE. **Katina Schubert**
Landesgeschäftsführerin

2013 gegen rot-schwarzen Stillstand

> **Berliner Linksfraktion setzt im Wahlkampfjahr auf bezahlbare Mieten und Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand**

Kaum ein Tag vergeht, an dem derzeit nicht deutlich wird, dass SPD und CDU kein einziges Thema haben, mit dem sie Berlin gemeinsam und nachhaltig verändern wollen. Wo es gut läuft, z.B. in der Wirtschaftspolitik, haben noch wir den Weg bereitet. Ansonsten Stillstand, Pech und Pleiten. Das Flugha-

Anteile an den Berliner Wasserbetrieben betrieben. Doch der zweite private Partner wurde nicht angetastet, die unsäglichen Verträge aus dem Jahr 1999, die den Privaten – egal, was kommt – sprudelnde Gewinne zusichern, wurden nicht zu beenden. Rekommunalisierung sieht anders aus.



Neue Landesspitze der LINKEN (v.l.n.r.): Sylvia Müller (Schatzmeisterin), Heidi Kloor, Elke Breitenbach, Daniel Tietze (Stellv. Landesvorsitzende), Katina Schubert (Landesgeschäftsführerin), Klaus Lederer (Landesvorsitzender)

fendesaster an vorderster Stelle. Von einem Konzept für bezahlbare Mieten ist Stadtentwicklungssenator Müller noch immer meilenweit entfernt. Genauso wie Arbeitssenatorin Kolat (beide SPD) noch immer nichts vorlegen kann, wie Langzeitarbeitslose – so ihr Versprechen – für den ersten Arbeitsmarkt fit gemacht werden können. Gleichzeitig werden Stück für Stück Projekte für den sozialen Zusammenhalt der Stadt geschleift.

DIE LINKE nutzt von Anbeginn die Chance, Opposition mit Kompetenz und Leidenschaft zu sein. Die Signale, mit denen die Gesamtpartei derzeit in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, helfen uns, für unsere Schwerpunkte auch wieder Gehör in den Berliner Medien zu finden.

Es geht um Entscheidungen, die Berlin nachhaltig prägen. So hat die Koalition jetzt den Rückkauf der RWE-

Das Volksbegehren, das die Stromversorgung in Berlin wieder in öffentliche Hände legen will, wurde von Senat inhaltlich abgelehnt. Wir wollen, dass in Berlin ein Stadtwerk gegründet wird und Strom durch öffentliche Netze fließt, damit die Energiewende geschafft werden kann und die Strompreise bezahlbar bleiben.

Wie die Auseinandersetzung um die Seniorenfreizeitstätte Stille Straße, aber auch das Engagement für Mieterinnen und Mieter am Kottbusser Tor oder in der Wilhelmstraße gezeigt haben, gibt es in der Stadt viel Sympathie und Unterstützung für Formen des Solidarischen. Hier ist die Entwicklung weiterer, neuer Ideen gefragt. Damit gehen wir ins Wahlkampfjahr. Für eine starke LINKE, für Berlin.

Udo Wolf
Vorsitzender der Linksfraktion
im Abgeordnetenhaus

Wohnungen statt Ateliers?

➤ **Künstlerhaus Prenzlauer Promenade 149-142**

Berlin verliert Ateliers wegen des großen Drucks auf den Wohnungsmarkt. KünstlerInnen werden zwei Mal Opfer der Verdrängung – als MieterInnen und durch Verlust ihrer Arbeitsräume. Woweroit hat betont, dass Ateliers geschützt werden sollen. Das tritt in den Hintergrund. Die Berliner SPD streitet um die Zukunft von Immobilien und Liegenschaften des Landes. Im Mittelpunkt steht die Schaffung von neuen Möglichkeiten für den wie auch immer „sozialen“ Wohnungsbau.

Das Bürogebäude Prenzlauer Promenade 149-152, das Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR beherbergte, gehört dem Land Berlin und sollte verkauft werden. Der Senat will jetzt prüfen, ob die Immobilie sich für den Wohnungsneubau eigne. Derzeit sind Teile des Gebäudes mit kurzfristig kündbaren Verträgen an ca. 80 „Zwischennutzer“, überwiegend KünstlerInnen, vermietet. Die KünstlerInnen

fordern den Erhalt und eine kurzfristige vollständige Vermietung des Gebäudes als Atelierhaus. Es wäre ohne großen finanziellen Aufwand – das Gebäude ist als Stahlbetonskelettbau variabel gestaltbar – möglich, Einkünfte zu erzielen und ein Atelierhaus zu sichern.

DIE LINKE unterstützt dies und tritt dafür ein, dass vor einer Entscheidung über Gebäudeverkauf, -abriss oder Wohnungsneubau alle für die Stadtgesellschaft wichtigen potentiellen Nutzungen zu prüfen sind. Die Grünen in der BVV Pankow setzen auf eine Mischnutzung – Ateliers und Wohnungen auf dem gleichen Areal. Die SPD benennt in einer Großen Anfrage



KünstlerInnenhaus in der Prenzlauer Promenade 149-152/ Arnold-Zweig-Straße

mögliche Ziele: „Schaffung von kostengünstigem Wohnraum“, „Deckung des Bedarfs an kommunaler Infrastruktur wie Kita, Schule...“ und sieht die Gefahr der Vernichtung der Ateliers, ohne sich zu positionieren.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

23. November • 10 Uhr Seniorenpolitisches Forum, Thema: Wohnen ist Leben - bezahlbares Wohnen ist Grundrecht, Soziale Wohnungs- und Mietpolitik muss umgesetzt werden, Abgeordnetenhaus von Berlin, 10111 Berlin, Niederkirchnerstraße 5, Raum 376

19 Uhr • „Postdemokratie – Demokratieentleerung und der Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa“, Vortrag und Diskussion, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

24. November • 10 Uhr Vertreter/innenversammlung des Bundestagswahlkreises 83, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

11 Uhr • Vertreter/innenversammlung des Bundestagswahlkreises 76, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, BVV-Saal

26. November • 19 Uhr „Medizin – eine Biowissenschaft“, zum 100. Geburtstag des Forscherehepaars Rapoport, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

19.30 Uhr • Sitzung des Bezirksvorstandes im Fraktionszimmer

29. November • 18 Uhr Sei dennoch unverzagt, Soirée in Erinnerung an Christa Wolf. Mit Gesprächen bei Imbiss und Wein und Lesung mit Walfriede Schmitt, Magnus-Haus Berlin, Am Kupfergraben 7 in Mitte

3. Dezember • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

5. Dezember • 19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes im Fraktionszimmer

7. Dezember • 19 Uhr „Ist Kärnten die neue DDR? Ein satirischer Heimatabend“, Lesung und Buchvorstellung „Crashkurs Klagenfurt – Poesie und Propaganda“ mit Karsten Krampitz und Peter Wawerzinek, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

10. Dezember • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

11. Dezember • 14 Uhr „Weil ich mich nicht Gesetzen beugte“ - Mikis Theodorakis, Jahresabschlussprogramm mit Gina Pietsch, Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

17. Dezember • 18 Uhr Basistag, diesmal mit Punsch in der Fröbelstraße 17, Bezirksamt, Haus 7, BVV-Saal



Jetzt geht's los!

Treffpunkt „Eiserner Gustav“ und alle waren da.

„Warum so pünktlich?“, meine Frage. Gerhardt, der sich neu am Stammtisch eingefunden hat: „Wenn der Parteivorstand schon beinahe ein Jahr vor dem Wahltermin die ‚Strategie‘ für das Vorgehen der Partei im Jahr 2013 beschlossen hat, wird es Zeit, dass auch wir uns bewegen. Klarheit in den Köpfen ist immer die erste Voraussetzung.“ Schnell ein Bier und den Korn nicht vergessen. Jürgen: „Wollen wir diskutieren oder nur saufen?“ Alles lacht! Manfred hat als erster getrunken und vergessen, Prost zu sagen. Ich hebe den Zeigefinger und gebe das Kommando. Dann legt er los: „Wir hatten eine Diskussion um den sechsten Schwerpunkt. Dort heißt es: DIE LINKE sagt als einzige Partei

immer konsequent Nein zu Krieg. Einige fragen jedoch, ob ein Einschreiten gegen Völkermord nicht doch richtig ist. Es kann doch nicht sein, dass die Amerikaner für uns am Horn von Afrika die Kastanien aus dem Feuer holen müssen“. Er wird von Kurt unterstützt: „Im Kongo wurden vor nicht langer Zeit 800.000 Kongolesen von Afrikanern abgeschlachtet. Die UNO hätte doch einschreiten müssen“. „Warum sollte sie?“, mein Einwurf. „Wir sollten immer fragen, wer hat den Krieg vorbereitet? Wer hat die Waffen geliefert? Wer verdient? Punkt sechs muss bleiben, wie er ist.“ Gerhardt ergänzt: „Leider sind die Informationen immer sehr einseitig.“ „Da haben wir ein brisantes Thema für die Gespräche im Wahlkampf“, so Manfred und er bestellte eine neue Runde und vergisst nicht, Prost zu sagen.

Klaus Flemming

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44017781

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 7. November 2012
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 6.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 7. Februar 2013.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Katina Schubert, Sandra Kaliga, MdB-Büro Wawzyniak, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto-Nr.: 43 84 81 68 00

BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: 810-505

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

	5				9			6
	3	6		5	8		4	
2	9			6	7			
					2	8	7	4
5	8	7		3		6	2	1
	1	2				3		9
	4			7	1	2		
6		3	4			1		
9		1			3	4		5

3	8			6				
			8			1	6	
			7					
		2	9					6
5		6		2	4	9		
8						3	2	
		7		9	3	8		
1			4		8		9	
	9		2			5	7	

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.